

Das Terrorurteil von Dresden

Protestwelle fordert Freiheitsrechte für Zonen-Bevölkerung

Berlin (Eigenmeldung). Die hohen Zuchthausurteile, die das Bezirksgericht Dresden über fünf Studenten der Technischen Hochschule verhängt hat, haben in der Öffentlichkeit der Bundesrepublik und Westberlins schärfste Proteste und einhellige Ablehnung ausgelöst. Es wurde die Forderung nach Aufhebung der Urteile und Abschaffung der Terrormethoden in der sowjetischen Zone erhoben.

Das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen erklärte, die hohen Strafen, die selbst für sowjetzonale Verhältnisse ungewöhnlich hart sind, zeigten, daß jede freiheitliche Regierung in der Sowjetzone mit drakonischen Maßnahmen unterdrückt werde. Der Prozeß bewiese außerdem, daß es dem Sowjetzonen-Regime nicht gelungen sei, die Jugend für die kommunistische Ideologie zu gewinnen. Das Ministerium stellte fest, daß, entgegen der Behauptung des Gerichts, keine Verbindung der angeklagten Studenten zum Minister für Gesamtdeutsche Fragen oder den Abteilungen seines Ministeriums bestanden habe.

Ziel: Einschüchterung

Die Sozialdemokraten vertraten die Ansicht, dieses „ty-

pische sowjetzonale Terrorurteil“ solle die Bevölkerung der Zone und insbesondere die akademische Jugend einschüchtern. Das Urteil sei darauf abgestellt, auch die schwachen öffentlichen Regungen eines eigenständigen politischen Denkens völlig abzuschneiden.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Landesverband Berlin der DAG protestierten gleichfalls gegen die Verurteilung der Dresdener Studenten. Der DGB wies darauf hin, das Urteil bewiese, daß der SED-Staat die Begriffe Freiheit und Demokratie nur zur Täuschung benutze.

*

DT. Das Durchschnittsalter der Dresdener Angeklagten betrug 20 Jahre. Aber das half ihnen nichts angesichts der unererblichen SED-Gesinnung einer getreuen Schülerin Hilde Benjamins. Die Gerichtsvorsitzende Stefan ging über den Antrag des Staatsanwalts noch hinaus. Offenbar scheute sich das Dresdener Bezirksgericht, den durch ausgezeichnete Leistungen beim Abitur und auf der Technischen Hochschule ausgewiesenen jungen Männern wirklich den Prozeß zu machen. Das spärlich zitierte politische Programm der Studentengruppe blieb in der kontrollierten Berichterstattung der Zonenpresse absichtlich undeutlich.

Um so mehr mußten die „Räuberpistolen“ des Staatsanwalts — im wahrsten Sinne des

Wortes — erhalten. Gaspistolen, angeblich vergiftete Kugeln eines Luftgewehrs, imaginäre Sprengstoffe und Gift zierten den Dresdener Richtertisch. Und auch ein vergeblich geplanter, aber nicht ausgeführter Fememord an einem abtrünnigen Mitglied der Gruppe gesteuerte durch den Gerichtssaal. An den britischen Rundfunk zu schreiben, Westsender abzuhören und westdeutsche Zeitungen zu lesen — das reicht heute eben in diesem unfreien Teil Deutschlands aus, um für ein Jahrzehnt ins Zuchthaus gehen zu müssen.

Wir vermuten, daß das so stark gebärdende SED-Regime vor den Gaspistolen am wenigsten, vor der Neigung der jungen Studenten zum selbständigen Denken aber am meisten Angst hat, ja, daß jenes im Prozeß unterdrückte politische Programm — „national-kommunistisch“ hieß es am Anfang — die eigentliche Wurzel dieser Terrorurteile ist. Stand etwa das Schreckgespenst „Revisionsismus“ im Stile Titos bei der Gedankenbildung dieser jungen Leute Pate? Wenn ja, dann mußten sie mit dem ganzen Haß des Stalinisten Ulbricht rechnen.

Drei Vertreter der Freien Hochschulen Westberlins konnten den Prozeß gegen ihre Dresdener Kommilitonen verfolgen. Sie haben sich drei Tage Zeit genommen, um der Öffentlichkeit einen gründlichen Bericht zu erstatten. Wir hoffen, daß ihre für heute angekündigte Erklärung ungeschminkt und freimütig ist, aber daß auch die Dresdener Tage ihnen selbst eine unauslöschliche Erfahrung vermittelten über den Unterschied zwischen Freiheit und Unfreiheit im Deutschland unserer Tage.

Keine weiteren US-Raketeneinheiten

Stuttgart (dpa). Die Vereinigten Staaten haben nicht die Absicht, von sich aus weitere Raketeneinheiten in die Bundesrepublik zu verlegen oder die Errichtung weiterer Raketenbasen vorzuschlagen, versicherte der amerikanische Heeresminister Brucker dieser Tage in München. Die Entscheidung über solche Basen sei Sache der NATO-Länder. Wenn es die NATO jedoch für gut halte, weitere Raketeneinheiten in Deutschland zu stationieren, werde es die US-Armee tun.

Ohne Führung?

K. W. B. Ob Männer die Geschichte machen, ist trotz der mancherlei Katastrophen, die in unserer nächsten geschichtlichen Umgebung passiert sind, noch immer keine Wahrheit von historischer Gültigkeit. Wir kennen Perioden freundlicher politischer Entwicklungen ebenso wie trübe Stadien, die von keiner besonderen Handschrift gezeichnet waren. Doch will uns scheinen, daß gerade die letzten Jahre unseres politischen Schicksals sich mit den Namen und dem Wirken von ausgeprägten Persönlichkeiten verbinden. Das ist von Dulles zu sagen. Das erfahren wir an Chruschtschow. Und wir wissen es von Adenauer. Das Eingreifen de Gaulles ist noch zu frisch, als daß trotz aller verändernden Elemente hier schon markierende Züge aufzuzeigen wären. Zwei dieser Persönlichkeiten bekamen ihren weltpolitischen Ausdruck gerade dadurch, daß sie in gemeinsamem Auftreten und im Zusammenwirken sich stark zeigten. Von dem Verhältnis Adenauer zu Dulles gilt dies vor allem. Bei aller Wertschätzung der vielen persönlichen und sachlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika: der deutsch-amerikanische Akkord dieser Jahre hat sich ganz wesentlich auf den Gleichklang dieser beiden Persönlichkeiten im Denken und im Handeln gegründet.

*
Muß dieser Bund jetzt Schaden erleiden, wenn der große Mann der amerikanischen Weltpolitik, John Foster Dulles, sein Amt aus der Hand geben muß und Adenauer sich anschickt, die aktive Politik einem seiner Parteifreunde zu übergeben? Wenn man daran glauben wollte, daß die Spur großer Persönlichkeiten durch ihre Nachfolger verwischt wird, müßte man es fürchten. Aber man könnte es nur, wenn man meinen wollte, die Nachfolgenden seien von ihren starken Persönlichkeiten in eine Richtung gedrängt worden, die nicht die ihre ist. Wenn man also glauben wollte, die Politik der starken Persönlichkeiten habe an dem Denken ihrer Par-

teigänger irgendwie vorbeigelebt.

Von solchen Überlegungen kann wohl aber nicht die Rede sein. Ein Wort, das zunächst Adenauer ausgesprochen hat, ist nun auch von Dulles in einer ähnlichen Formulierung gebraucht worden: Das Wort von der „Kontinuität“. Nun mag es verständlich sein, daß die Männer, die ihre politischen Praktiken an andere übergeben, die „Kontinuität“ als Wunsch und als Vermächtnis weiterreichen möchten. Doch nicht Adenauer und Dulles allein haben dies ausgesprochen. Die Maßgebenden in der Führungsgruppe der Unionsparteien und auch der amerikanische Präsident, der Vizepräsident und selbst bedeedete demokratische Senatoren in den Vereinigten Staaten sprechen heute von der „Kontinuität“, die die Politik der Dulles und Adenauer finden soll. Das ist ein politischer Vorsatz. Es kann aber natürlich noch keine Garantie für eine politische Wirklichkeit von morgen sein. Selbst dann, wenn weniger ausgeprägte Persönlichkeiten als Nachfolger darauf bedacht wären, den Leitlinien der Abgetretenen peinlich sorgfältig zu folgen, wird das fehlende Ingenium der Männer auch dem Werk der Nachfolger an Farbe und Dynamik eben das nehmen, was die Vorgänger an originaler Kraft investiert hatten. Noch mehr aber kann zunächst das Gefühl lähmen, daß jetzt ein Vakuum oder Wochen mit schwächerer Kraftentfaltung eintreten könnten. Dieses Gefühl, daß die Führung im westlichen Lager durch den mehr oder weniger gleichzeitigen Ausfall zweier starker Männer schwächer oder gar schwankend werden könnte, trifft jetzt die Welt, die sich vorbereitet, mit den Sowjets den Waffengang der großen Diplomatie anzutreten.

*
Was kann daraus gefolgt werden? Daß die westlichen Positionen um so notwendiger eine sachliche Übereinstimmung brauchen, je mehr ihnen die Überzeugungskraft der bis jetzt einflußreichsten Persönlichkeiten fehlen wird. Als vor zwei Wochen die Washingtoner Konferenz der westlichen Außenminister sich auf Ende April nach Paris vertagte, hofften sie auf

das dann sicher die Meinungsverschiedenheiten ausgleichende und die Gegensätze vereinigende Wort des kranken Dulles. Das wird nun fehlen. Da es alle Beteiligten aber wissen, müßten sie sich schon heute darauf einstellen, selbst Schiedsrichter zu sein. Das wird gewiß schon die Arbeiten der Vorbereitungsgruppe bestimmen, die seit einer Woche in London hinter verschlossenen Türen zusammensitzt. Solche Vorbereitungsarbeit wird wohl diesmal nicht so vergeblich sein dürfen wie die, die ihre Vorgänger vorher vor Washington geleistet haben; denn eben jetzt ist nicht mehr auf das Wort der starken Männer zu warten. Nun muß die Vorbereitungsgruppe so arbeiten, als könne sie die politischen Grundkonzeptionen der Persönlichkeiten, die die Politik bestimmt haben. Ein Versuchsfeld für die Kontinuität der westlichen Politik ist also in diesem stillen Londoner Gremium zum erstenmal am Werk. Man wird Ende April auf der Pariser Vorbereitungskonferenz schon sehen können, ob es sich im Geiste dieser Politik arbeiten läßt oder ob bereits das Fehlen der großen Persönlichkeiten bemerkbar wird.

Eisenhower schlägt Atom-Versuchstop vor

Augusta (ap). Präsident Eisenhower hat dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow vorgeschlagen, die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion sollten sich jetzt darauf einigen, alle Atomwaffenversuche zu verbieten, die nicht in Höhen von mindestens sechzehn Meilen (rund 50 Kilometer) über der Erde vorgenommen werden.

Dieser Vorschlag ist in einem Schreiben Eisenhowers vom 13. April an Chruschtschow enthalten, das vom Ferienhauptquartier des Präsidenten in Augusta veröffentlicht wurde, nachdem ein sowjetischer Sprecher in Genf, anscheinend versehentlich, die Existenz eines solchen Briefes bekanntgegeben hatte. Zweck des Schreibens war es, den toten Punkt in den Genfer Verhandlungen über ein Abkommen zur kontrollierten Einstellung der Kernwaffenversuche zu überwinden.

Einer von sieben

Ein Amerikaner geht hinauf in den Weltraum

H. St. New York (Eigenber.)
Erst waren es zwölfhundert, dann zweihundert, dann achtzig, dann zwanzig, und jetzt sind es nur noch sieben — und nächstes Jahr um diese Zeit wird es nur noch einer sein, einer von diesen sieben, der als erster Mensch in ein Weltraumverkehrsmittel hineinklettert und in den luftleeren Raum des Universums eindringen wird. Falls die Russen damit den Amerikanern zuvorkommen sollten, wie mit dem „Sputnik“, wird dieser eine Mensch jedenfalls der erste Amerikaner sein, der mit seinen eigenen Händen im wahrsten Sinne des Wortes den Griff nach den Sternen wagen wird.

Im nächsten Jahr?

Die ersten Trainingsvorstöße über die Atmosphäre hinaus beginnen bereits in einigen Wochen. Die sieben Kandidaten sind in einem wissenschaftlichen Arbeitszentrum in Hampton im Staate Virginia, etwas südlich von Washington, zusammengezogen worden und werden zunächst mit der Mechanik der Weltraumdurchquerung vertraut gemacht; dann sollen Übungsflüge mit kleinen und relativ bescheidenen Raketengeräten beginnen, noch innerhalb der Atmosphäre, und dann allmählich Vorarbeit für den „richtigen“ Flug. Mit diesem wird man kaum vor dem Sommer 1960 rechnen können — und wenn sich unerwartete technische Schwierigkeiten ergeben, was durchaus erwartet wird, dann kann es gar 1961 werden, bis es soweit ist. Und erst am großen Tage „X“ oder vielleicht einen Tag vorher werden Ärzte, Psychiater und Techniker unter den sieben den körperlich und geistig „fitesten“ auswählen; jede vorherige Entscheidung wäre verfrüht, weil sich ja während der langen Trainingsperiode die Leute noch im positiven oder negativen Sinn weiterentwickeln können.

Hohe Anforderungen

Der ausgewählte „Astronaut“ wird dann eine pilzförmige Metallkapsel betreten, etwa eine Tonne schwer, die von einer

interkontinentalen Lenkrakete vom Typ „Atlas“ 300 Kilometer hoch in den Weltraum geschleudert wird, wo sie dann in dem beachtlichen Tempo von 30 000 Kilometern die Stunde die Erde umkreisen wird. Nach 24 Stunden wird die Kapsel sich dann von ihrem Atlas-Träger lösen und ihre eigenen Raketen antreiben, die sie wieder in die Atmosphäre zurückbringen werden; sobald das erfolgt ist, werden sich die Fallschirme entfalten, die den Sturz lindern und lenken können. An verabredeter Rendezvous-Stelle soll die Kapsel dann sanft in den Pazifischen Ozean fallen, von ihren Fallschirmen am Untersinken gehindert und von wartenden Schiffen aufgebracht werden, wonach der glücklich zurückgekehrte Astronaut ihr entsteigen, an Bord des Schiffes von Ärzten untersucht werden und sich dann zu einem soliden Frühstück in der Kapitänskajüte niederlassen wird.

Kein sowjetisches Deutschland?

Churchill zum Ost-West-Gegensatz — Gipfelkonferenz in Wien?

London (ap/dpa). Sir Winston Churchill hat sich in die Diskussion über die Deutschland-Frage eingeschaltet und erklärt, die deutsche Wiedervereinigung müsse so vonstatten gehen, daß der wahre Wille des deutschen Volkes zum Ausdruck komme und das Land nicht der sowjetischen Herrschaft anheimfalle. Der Westen werde niemals versuchen, Deutschland als Offensivstützpunkt gegen die Sowjetunion zu benutzen.

Der 84jährige frühere britische Premierminister, der auf einer politischen Versammlung in seinem Wahlort Woodford in der Nähe von London sprach, fand anerkennende Worte für die jüngste politische Initiative Macmillans. Macmillan hatte am Wochenende eine Beschäftigungspolitik gegenüber Moskau abgelehnt und die Auffassung vertreten, daß bei der Außenministerkonferenz in Genf der Weg für ein Gipfeltreffen geebnet werden müsse.

Die Viermächte-Arbeitsgruppe, die gegenwärtig in London tagt, hat noch keine Entschei-

Die Astronauten müssen ein ziviles akademisches Diplom in Physik oder Elektrotechnik haben, weil sie ja die Maschinerie im Innern der Kapsel während des Fluges bedienen müssen; sie müssen physisch und psychisch kerngesund sein, unter 40 Jahre alt und mindestens 1500 Flugstunden am Steuer eines Flugzeuges hinter sich haben. Sie dürfen nicht größer sein als 1,75 m, weil sonst der Raum in der Kapsel zu eng wäre, und, ersterlich, sie müssen verheiratet sein — weil die Erfahrung gelehrt hat, daß Verheiratete oder möglichst auch Familienväter, verantwortungsbewußter, reifer und weniger tollkühn in kritischen Situationen handeln und reagieren als Junggesellen. Und man hat schließlich auch die Zustimmung der Ehefrau gefordert. Die sieben Ausgewählten haben alle auch Kinder. Man darf daraus schließen, daß das Ganze nicht als wildes Abenteuer, sondern als gut durchdachtes streng wissenschaftliches Unternehmen geplant ist.

dung über den Tagungsort für die geplante Gipfelkonferenz getroffen. Wie es heißt, haben sich die Delegierten der USA, Frankreichs und der Bundesrepublik für San Franzisko oder Quebec ausgesprochen, während Großbritannien Wien den Vorzug gegeben hat.

Wirtschaftsführer in Berlin

Berlin (Eigenmeldung). Rund 50 führende westdeutsche Industrielle nehmen gegenwärtig an einer Sitzung des Vorstandes der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie in Berlin teil, mit der die Vereinigung ihre Verbundenheit mit Berlin Ausdruck verleiht. Auf einem Empfang gab der Vorstandsvorsitzende, Bergassessor a. D. Dr. Hans-Günter Sohl, bekannt, daß die Branche 1953 Aufträge im Werte von 150 Millionen DM nach Berlin vergeben habe. Wirtschaftssenator Dr. Hertz verglich die Tagung mit der Berlin-Sitzung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie in Altona.

Erziehung mit Rechtsmitteln

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Bisher ist es nur bei der Behauptung geblieben, die Zone habe die Bundesrepublik überholt. Die Beweise bleiben die Zonenmachthaber schuldig. Es genügt nicht, in Reden und Zeitungen von der Überlegenheit des sozialistischen Lagers zu sprechen, solange die Tatsachen das Gegenteil zeigen. Man braucht nur zu lesen, was die SED über sich selbst und über die Verhältnisse in Mitteldeutschland schreibt, um einige Wahrheiten zu erfahren.

CHEMNITZ

Sozialistisch leben: Die Chemnitz'er „Volksstimme“ fragt: „Was bedeutet sozialistisch leben? Bedeutet sozialistisch leben, nur nach Verbote leben? Nicht trinken, nicht rauchen, nicht Skat spielen? Nein! Der Sozialismus befreit das gesellschaftliche Leben von allen schädlichen Einflüssen und Begleiterscheinungen, die das Leben im Kapitalismus beeinflussen. Sozialistische Menschen sind lebensfrohe Menschen.“

Wo bleibt die Gaststättenkultur? In Chemnitz und Umgebung fehlen geeignete Raststätten, wo die arbeitenden Menschen Erholung finden. In den wenigen „Kneipen“ sollen das Geschirr knapp, die Bedienung mangelhaft und die Getränke ungepflegt sein. Die langen Wartezeiten locken kein Publikum an.

DRESDEN

Kunstaussstellung im Abertinum. Außer der Dresdener Gemäldegalerie steuern sechs Museen der Zone wertvolle Ausstellungsstücke bei. Im Mittelpunkt einer imposanten Schau stehen kostbare Gold- und Silberschmiedearbeiten, Becher, Humpen, Pokale, Kelche, Krüge, Kannen, Bronzen, Elfenbeinschnitzereien und eine Auswahl aus dem Kupferstichkabinett. Porzellane, Münzen und Skulpturen ergänzen die Ausstellung, die am 8. Mai im Dresdener Albertinum eröffnet wird.

Rache an den Studenten. In Dresden ist der Schauprozeß gegen Studenten das Gesprächsthema der Woche. Die jungen Menschen werden bedauert und haben die Sympathie der Bevölkerung. Man ist aufgebracht über Meldungen, nach denen „Werktätige die Höchststrafe gefordert“ hätten. Die Bevölkerung fordert vielmehr, diese jungen Studenten nicht zu Opfern einer politischen Willkürjustiz zu machen, denn sie haben ja nichts anderes getan als das, was die SED von ihren Propagandisten in der Bundesrepublik täglich verlangt.

ROSTOCK

SED fordert „Nationalbewußtsein“: In einem Rundgespräch über die sozialistische Oberschule in Rostock sagte Volksbildungsminister Lemnitz: „In Westdeutschland wird das Nationalbewußtsein systematisch bekämpft, um Deutschland eingehen zu lassen in der NATO, um Deutschland als Nation untergehen zu lassen. In der ‚DDR‘ muß man dieses Nationalbewußtsein auf allen Gebieten pflegen. Wir ringen um das Weltniveau, und wir müssen das Nationalbewußtsein in den Schulen erziehen, damit bei den Kindern ein Nationalstolz erwächst.“

Unliebsame Erscheinung. In letzter Zeit haben sich jugendliche Gruppen und Banden abends an den Straßenecken, in Gaststätten und vor Kinos zusammengelagert und Leute angepöbeln. Gruppen junger Rowdies belästigen junge Mädchen. Die Organisationen sollen die Jugendlichen gewinnen, um ihre Freizeit zu gestalten, insbesondere FDJ, GST und andere. Die jungen Leute könnten ihre Kräfte beim Aufbauwerk verschwenden, anstatt Passanten niederzuschlagen.

BRANDENBURG

Programm der jungen Generation. In diesem Programm heißt es u. a.: „Wer jung ist, geht mit gutem Beispiel voran und erfüllt täglich den Plan, deckt ohne Scheu alle ‚stillen

Reserven‘ auf, ist pünktlich, gewissenhaft und schafft Produkte bester Qualität. Wer jung ist, hilft durch Kritik und persönliches Beispiel, daß die Arbeit richtig organisiert ist.“

Oberschüler für Produktionsjahr. Vorschläge aus Kreisen der Oberschüler werden in der Provinzpresse und in Betriebszeitungen veröffentlicht, daß die Oberschüler ein Jahr im Betrieb praktisch arbeiten sollen, um engere Verbindung zu den Massen zu bekommen.

Weiter Reiseverbot. Urlaubs- und Ferienreisen in die Bundesrepublik können auch in diesem Jahre nach Auskunft der Volkspolizei nicht gewährt werden. Nur in dringenden Fällen dürfen Angehörige nach dem Westen fahren. Diese Maßnahme sei eine „Schutzmaßnahme der DDR“.

STALINSTADT

Malers und Bildhauer im Werk. Als Parteiauftrag erhielten zahlreiche Künstler die Aufgabe, im Werk Umschau zu halten, um Themen aus dem Leben zu gestalten. Keine Urlaubsreisen nach Polen. Die Stalinstädter dürfen keine Reisen über die Oder-Neiße-Friedensgrenze unternehmen. Seit Jahren kündigt die SED einen kleinen Grenzverkehr an, trifft aber keine Vorbereitungen dafür.

NAUMBURG

Kampf den Störenfriedern. Der Freundschaftsrat der Schulen hat beschlossen: „Unseren Pionierauftrag zur Verbesserung der Disziplin wollen wir gut erfüllen und dabei das Lernen nicht vergessen. Mehrere Klassen fertigen eine Wandzeitung an. ‚Die Zeitdiebe‘. Einige Klassen wollen für einen pünktlichen Unterrichtsbeginn sorgen. Pioniere lehren in der Pause ihre Hefte für die nächste Stunde hoch und bemühen sich, mit dem Stundenklingeln auf dem Platz zu sitzen. Beim Pionierappell erhält der Hauptstörenfried der letzten Woche offiziell den Namen ‚Bremsheini‘.“

Klug wie die Schlangen?

Landesbischof Mitzenheim lobt Grotewohl

DT. In aller Schlichtheit war es dem Landesbischof Mitzenheim vor einigen Tagen ein aufrichtiges Anliegen, seiner Obrigkeit einen Brief zu schreiben. Diese heißt für die von Mitzenheim bischöflich geleitete Landeskirche Thüringen unzweifelhaft Grotewohl. Und so empfing der sowjetzonale Ministerpräsident vor wenigen Tagen ein Schreiben, das ihn vermutlich ebenso verblüfft wie es uns und viele evangelische Christen in Deutschland bestürzt gemacht hat. Weil wir diesen Brief eines evangelisch-lutherischen Bischofs für einen ungewöhnlichen Vorgang halten, haben wir ihn auf der zweiten Seite dieser Ausgabe in vollem Wortlaut wiedergegeben.

Ungewöhnlich auch schon deshalb, weil Bischof Mitzenheim ihn nicht nur absandte, sondern diese Kundgebung seinen Amtsbrüdern vorenthielt, als er am vergangenen Mittwoch in der kirchlichen Ost-Konferenz unter dem Vorsitz von Bischof Dibelius zur sorgenvollen Beratung über die Lage der evangelischen Christenheit in der sogenannten DDR zusammenfaß. Erst der Abdruck auf der Frontseite des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ am Donnerstag unterrichtete die Landeskirchenleitungen der Zone und der Evangelischen Kirche in Deutschland darüber, daß einer ihrer höchsten Amtsträger offenbar freiwillig den Zonen-Ministerpräsidenten für einen Verkünder eines neuen Ethos in der Politik gewertet wissen wollte. Da Mitzenheim ausdrücklich betont, daß er nicht politische Werturteile abgeben will, muß er sich als Christ und Bischof beurteilen lassen. Was Mitzenheim so begeisterte, war jener Brief Grotewohls an Bundeskanzler Adenauer vom 9. April, in dem der zweite Mann des SED-Regimes dem verantwortlichen Leiter des freiheitlichen Deutschland vorschlägt, sich vor den Konferenzen in Genf zu einer Beratung über den Friedensvertrag mit Deutschland zuzusetzen. Gemeint ist natürlich der für Grotewohl allein maßgebende Friedensvertrags-

vorschlag der Sowjetunion, welcher neben der deutschen Spaltung in zwei Staaten auch noch die Drittelung durch eine sogenannte Freie Stadt Westberlin vorsieht.

Es blieb Bischof Mitzenheim vorbehalten, in dieser propagandistisch üblichen Aktion der SED am Vorabend von internationalen Konferenzen den Ausdruck eines neuen Ethos zu entdecken und dabei gleichzeitig eine Grotewohl-Initiative in Richtung deutscher Wiedervereinigung zu behaupten, die vom Zonenministerpräsidenten mit keinem Wort erwähnt wird.

Was soll also diese bischöfliche Kundgebung bedeuten? Mitzenheim selbst wird nicht wünschen können, daß man ihn für so naiv ansieht, sich mit dem Kommunisten Grotewohl plötzlich auf gleicher ethischer Ebene zu befinden. Thüringen ist ja nicht ausgespart worden, als die SED mit ihrer Aktion

für die atheistische Jugendweihe und gegen die christliche Konfirmation, für die sogenannte sozialistische Rechtmäßigkeit und gegen die Rechte des Einzelmenschen auch den Raum der christlichen Verkündigung immer mehr einengte. Bleibt also nur als Antrieb für Mitzenheim die kirchenpolitische Überlegung, sich durch solche Kundgebungen mit der Obrigkeit, die Gewalt über einen hat, gut zu stellen. Als Jesus Christus seinen Jüngern empfahl, klug wie die Schlangen zu sein, ermahnte er sie auch, sich ohne Falsch wie die Tauben aufzuführen. Wir erlauben uns, den Bischof Mitzenheim in aller Schlichtheit daran zu erinnern. Der von ihm entdeckte Ethiker Grotewohl hat erst vor wenigen Wochen den jede christliche Erziehung in Frage stellenden Satz geprägt: „Sittlich ist, was der Sache des Sozialismus dient.“ Daß dieser Sozialismus atheistische Gottlosigkeit bedeutet, sollte man einem evangelisch-lutherischen Bischof in der Zone nicht erst zu sagen brauchen.

... und abends wird gefegt

DT. Die Ostberliner werden sich freuen. Nach dem „Tag der deutsch-sowjetischen Freundschaft“, dem „Tag des Lehrers“ und „Tag der Eisenbahner“ hat ihnen die SED nun auch noch den „Tag der Besichtigungen“ beschert. Nicht etwa als Feiertag, denn das sind diese Tage sowieso nicht. Am „Tag der Eisenbahner“ machen die Blau-uniformierten nicht Pause, sondern erfüllen „zu Ehren“ ihres Tages ein Aktivistenübersoll. So ist es auch mit dem „Tag der Besichtigungen“. Da werden die Ostberliner nicht etwa zu kostenlosen Führungen durch die Museen eingeladen, sondern zu einem Appell mit Harke, Schippe und Besen zum amtlich angeordneten Großreinemachen befohlen.

Dafür wurde auch ein Plan aufgestellt. Nichts gegen Reinigungspläne, die gibt es auch bei der Westberliner Stadtreinigung, allerdings für die automatischenkehr- und Waschmaschinen. Im „fortschrittlichen“ Teil Berlins ist man noch nicht soweit. Da muß man die gesamte Bevölkerung alar-

mieren, um endlich einmal alle Papier-, Obst- und Bockwurstreste von den Straßen zu fegen. Um die Bahnsteige und Bahnhofshallen zu säubern, um Schutt, Asche und alte Matratzen abzufahren, um zerstörte Schilder, Laternen, Zäune und Bänke zu reparieren. Alle Einwohner sollen „Operativgruppen zur Verschönerung ihres Wirkungsbereiches“ bilden.

Der Plan sieht drei Etappen vor. Bis zum 1. Mai: Saubere Straßen und Beseitigung des Schuttes. Bis zum Juni: Schönere Vorgärten und bessere Häuserfassaden und bis zum Tag der Spaltung — den man drüben als „Jahrestag der DDR“ sogar noch feiert — sollen auch die Lokale endlich ein würdiges Aussehen erhalten.

Zugegeben, ein Gutes hat allerdings dieses seit Jahren fällige Großreinemachen in Ostberlin. Es sollen nämlich auch die „überholten Plakate“ der SED und der anderen Massenorganisationen entfernt werden. Und da gibt's wirklich allerhand zu tun.

Das umstrittene Glashaus in Dahlem

Ein Beitrag zur Beurteilung der Freien Universität — Von Jonas

Die Freie Universität in Berlin hat in letzter Zeit viel Kritik hören müssen. Manche Vorgänge, manche Meinungen, manche ausgebliebenen und manche schiefen Reaktionen auf die politischen Entwicklungen haben in der Öffentlichkeit Zweifel geweckt und genährt, daß unter Studenten und Dozenten der Universität manches von dem Geiste verlorengegangen sei, der sie gegründet hat. Ein guter Kenner der Freien Universität sucht hier eine Deutung der Urteile. Die Kritiker werden sie hören und zu verstehen suchen.

Es begann mit einem Kongreß der Atomgegner in den Räumen der Dahlemer Alma mater, auf dem unter anderem viel unverantwortliches Zeug geredet würde und es am Ende sogar einigen Hamburger Berufsneutralisten gelang, in emotional überhitzter Atmosphäre einen Beschluß über die Konföderation zweier deutscher Staaten über die Bühne gehen zu lassen, während eine vorgesehene Stellungnahme zur Situation des bedrohten Berlin einfach vergessen wurde. Die verständliche Reaktion der Öffentlichkeit, vor allem in Berlin, war unmittelbar und heftig, wenn auch nicht ganz gerecht, denn niemand machte sich in der ersten Erregung klar, daß die Freie Universität eigentlich nichts anderes getan hatte, als ihre Räume in den Ferien zu vermieten.

Verwirrende Eindrücke

Die Fülle von Erklärungen, Distanzierungen, Rücktritten und Polemiken waren nach außen hin zumindest eher geeignet, das Bild zu verwirren, als es zu klären. Ob allerdings eine solche Meinungsverschiedenheit, das heftige und bewegte Streiten um politische und weltanschauliche Fragen, an dem nicht nur Studenten, sondern mit ihnen auch ihre Professoren das Wort ergreifen, für die Universität selbst ein Unglück ist, darf bezweifelt werden. Wer sich Gedanken über das Versagen der deutschen Akademiker in der Zeit vor 1933 gemacht hat und sich vielleicht über das mangelnde Interesse der akademischen Jugend an den brennenden Problemen der Zeit sorgt, dem kann eine solche Unruhe an der Universität der deutschen Hauptstadt nur recht sein, denn kein Student und kein Profes-

sor der Freien Universität hat im ganzen Verlauf der Debatte die grundsätzlichen Prinzipien in Frage gestellt, zu deren Rettung und Bewahrung diese Freie Universität einmal gegründet worden ist.

Und trotzdem hat sich in Dahlem einiges geändert, man sollte ruhig darüber sprechen; Von der sagenumwobenen Gründergeneration des Jahres 1948 wird sich unter den Studenten wohl niemand mehr befinden. Die wenigen, die als Oberassistenten oder Privatdozenten bei ihrer alten Uni geblieben sind, kann man an den Fingern abzählen und auch die Reihe der Professoren aus der Gründerzeit ist stark gelichtet. Es hat sich überhaupt gezeigt, daß man den vielberufenen Gründergeist nicht auf Flaschen ziehen und gläsernweise an die Nachfolgenden verteilen kann,

Unruhige Generation

Dazu kommt noch ein echter Generationssprung, der etwa um das Jahr 1952 anzusetzen ist. Die vor diesem Zeitpunkt studierende sogenannte Kriegsgeneration war alles andere als eine verlorene Generation. Sie war aufgestört und unruhig, und bei allem Bestreben, schnell fertig zu werden und eine Existenz aufzubauen, war ihr das bohrende Fragen zur zweiten Natur geworden. Sie hatte ein empfindliches Gewissen.

Diese Generation hat die Freie Universität gefordert und durchgesetzt. Ihr ist auch zum großen Teil die besondere Form der Hochschule zu danken, aber auch sie bestand nur aus normalen Menschen, nicht aus Halbgottern. Einer der Fehler der Gründerstudenten, die unter vielen persönlichen Opfern in den Anfangsjahren der Universität die entscheidenden

Funktionen der studentischen Selbstverwaltung übernommen hatten, war das zu lange Festhalten an ihren Ämtern. Kaum jemand dachte daran, jüngere Semester für diese nicht einfache Aufgabe vorzubereiten.

Die Neuen sind auch nicht weniger aufgeschlossen als ihre Vorgänger, aber sie sind anders. Das Ost-West-Problem ist ein Teil ihres selbstverständlichen Alltags. Sie haben sich in dieser Frage nie vor eine unausweichliche Entscheidung gestellt gesehen. Und auch ihre Haltung zur unbewältigten deutschen Vergangenheit unterliegt ähnlichen Trübungserscheinungen.

Eine Auslese

In der verhältnismäßigen Sicherheit und im Wohlstand der letzten Berliner Jahre aufgewachsen, haben diese 18- und 20jährigen keine aus dem Erleben begründete Aversion gegen diese beiden totalitären Erscheinungen, in deren Abwehr und Erduldung ihre Vorgänger geprägt worden sind. Im Gegenteil treibt sie ihr jugendlicher Nonkonformismus dazu, sich der Meinung der Älteren gegenüber skeptisch, wenn nicht sogar mißtrauisch zu verhalten. So ist zum Beispiel der merkwürdige Vorgang zu erklären, daß ein Teil der Anwesenden sich bei einer Studentenversammlung weigerte, einer ungeschickten und pathetisch formulierten Protestresolution gegen die Verhaftung von Studenten in Dresden ohne weiteres zuzustimmen. „Ihr macht es euch aber leicht, Händchenheben ist billig, wir wollen genauer wissen“, war die Meinung eines Opponenten.

Die Dahlemer befinden sich in ihren hellen und neuen Gebäuden nicht nur im wirklichen, sondern auch im übertragenen Sinn im Glashaus. Das belebendste Element in der Studentenschaft der Freien Universität, und das mag viele wundern, sind oft die Studenten, die aus der Bundesrepublik nach Berlin kommen. Sie scheinen so etwas wie die Auslese der studentischen Jugend Deutschlands darzustellen.

London empfing Brandt herzlich

Lloyd: Wir wahren unsere Rechte in Berlin — Flüge in jeder Höhe

wgk. London (Eigenbericht). Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt, wurde in London mit einer Herzlichkeit empfangen, wie sie einem offiziellen deutschen Gast seit langem nicht mehr zuteil geworden ist.

Die Presse aller Richtungen begrüßte in ausführlichen Würdigungen den Gast, der, wie eine Londoner Zeitung schreibt, „mit seinen zweieinhalb Millionen Berlinern auf einem Pulverfaß voll Dynamit sitzt“. Die bissigen Ausfälle gegen Deutschland und die Deutschen sind völlig verstummt.

Das erste politische Gespräch führte Brandt mit Außenminister Lloyd über die Berlin-Frage. Ein Sprecher des Außenministeriums gab danach bekannt, Lloyd habe erneut die Entschlossenheit seiner Regie-

rung betont, für die Rechte und die Freiheit der Berliner Bevölkerung einzutreten. Wie weiter bekannt wird, soll Lloyd betont haben, daß Großbritannien ebensowenig wie Frankreich und Amerika die Absicht haben, vor einer endgültigen gesamtdeutschen Friedensregelung Truppen aus Westberlin abzuziehen.

Seine erste Pressekonferenz gab Brandt unmittelbar nach seiner Ankunft auf dem Flugplatz. Er sprach von der Dankbarkeit der Berliner gegenüber der britischen Regierung und

den britischen Streitkräften für ihre Leistungen bei der Luftbrücke. Allerdings glaube er, sagte Brandt weiter, daß die Westmächte die Situation nach der Pariser Konferenz 1949 nicht ausgenutzt hätten. „Ich hoffe, daß jede Gelegenheit, die auftauchen könnte, dieses Mal und künftig entdeckt und ausgenutzt werden wird.“ Er sprach sich gegen „einseitige Handlungen“ für den Fall aus, daß bei den kommenden Konferenzen kein entscheidender Fortschritt erzielt wird und äußerte dann die Bitte an „unsere Freunde im Westen“: „Üben Sie einfach nur die Rechte und Verpflichtungen aus, die Sie in Berlin übernommen haben.“

Die Berlin-Frage wurde auch im Unterhaus behandelt. Kurz vor seiner Zusammenkunft mit Brandt erklärte Außenminister Lloyd, daß Flugzeuge in den Luftkorridoren nach Berlin das Recht haben, in jeder beliebigen Höhe ein- und auszufiegen. Die britische Regierung sei der Meinung, daß „dieses Recht, wenn notwendig, von Zeit zu Zeit ausgeübt werden sollte“.

Verstimmung beigelegt

Briefwechsel Heuss—Adenauer klärt Meinungsverschiedenheiten

W. Bonn (Eigenbericht). — Die vorübergehende Meinungsverschiedenheit zwischen Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Dr. Adenauer gilt in Bonn als beigelegt. Heuss hatte Anstoß daran genommen, daß Adenauer in seiner Rundfunkrede gesagt hatte, das Amt des Bundespräsidenten werde im allgemeinen „zu gering eingeschätzt“ und seine Bedeutung sei „größer, als man schlechthin glaubt“.

Wie in Bonn bekannt wurde, hat der Bundespräsident in seinem Brief an Dr. Adenauer nicht etwa vor der Annahme gewarnt, daß das Präsidentenamt größere Vollmachten biete, als er selbst in seiner Amtszeit in Anspruch genommen habe. Vielmehr scheint er Dr. Adenauer auf die Gefahr aufmerksam gemacht zu haben, daß durch solche Äußerungen die Leistung des bisherigen Bundespräsidenten in ein schlechtes Licht gerückt werde. In seiner Erwiderung hat Adenauer nun versichert, er habe gerade darauf hinweisen wollen, daß auch der bisherige Träger des Präsidentenamtes einen größeren politischen Einfluß gehabt habe, als die Öffentlichkeit wisse.

Da Heuss und Adenauer in den vergangenen zehn Jahren stets in großer Aufgeschlossenheit zusammengearbeitet haben, nimmt man in Bonn an, daß die zeitweilige Trübung ihres Verhältnisses keine Narben hinterläßt.

Bevölkerung ist für Erhard

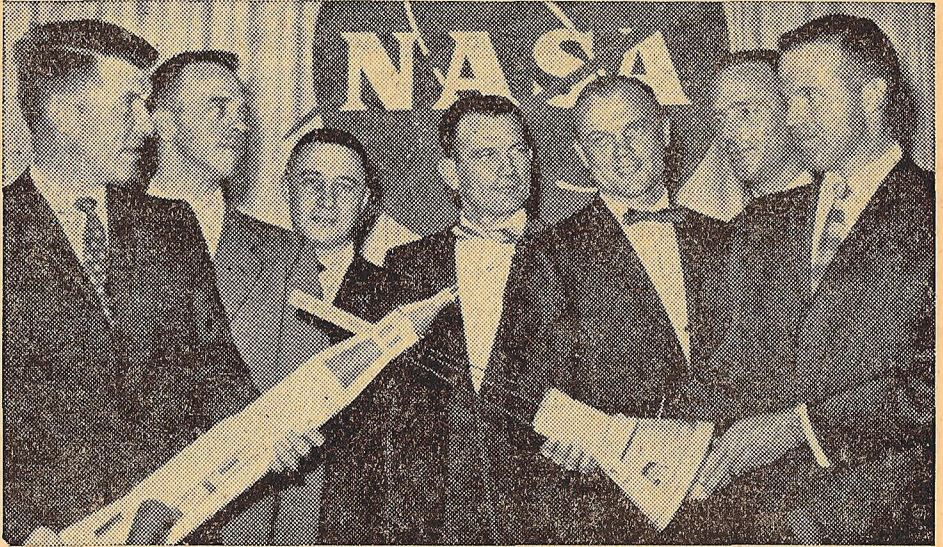
Eine Meinungsumfrage — Nur zwei Prozent für Eitel

W. Bonn (Eigenbericht). Von dem weitaus größten Teil der westdeutschen Bevölkerung wird Bundeswirtschaftsminister Erhard unter allen genannten Kandidaten als der beste Nachfolger Bundeskanzler Dr. Adenauers angesehen. In einer Meinungsumfrage des Bielefelder Emnid-Instituts sprachen sich 32 Prozent der Befragten für Erhard als künftigen Kanzler aus. Auf Carlo Schmid (SPD) entfielen 10 Prozent, auf Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier 6, auf Bundesaußenminister von Brentano 3 und auf Bundesfinanzminister Eitel, der gewöhnlich als Erhards Gegenkandidat genannt wird, nur 2 Prozent.

Auch als die Frage auf CDU-Politiker beschränkt wurde,

schnitt Erhard weit besser ab als der noch weithin unbekanntere und unpopuläre Eitel. Für Erhard stimmten in diesem Fall 52 Prozent, für Eitel nur 4 Prozent. In Bonn ist dieses neueste Ergebnis, wenn es auch mit früheren Meinungsumfragen im wesentlichen übereinstimmt, aufmerksam zur Kenntnis genommen worden, weil es erneut beweist, daß Eitel es an Popularität bei weitem nicht mit Erhard aufnehmen kann. Dieser Gesichtspunkt ist offensichtlich für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion von großer Wichtigkeit.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richtofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE. Oben: Als erster Amerikaner soll einer dieser sieben Testpiloten in den Weltraum fliegen. Die sieben Kandidaten für den ersten bemannten Erdsatelliten der USA wurden kürzlich der Öffentlichkeit vorgestellt. (Siehe auch Seite 3) — Unten: Der Verkehrsminister Ghanas, Krobo Edusai, und der hessische Ministerpräsident Zinn (Zweiter v. r.) während eines Besuches der Henschel-Werke in Kassel, die zur Zeit 24 Lokomotiven für den jungen westafrikanischen Staat bauen.

